

Internationale Organisation für Migration: Nicht Migranten sind Problem, sondern Populisten

Der Direktor der „Internationalen Organisation für Migration“ (IOM), Antonio Vitorino, erklärte im Rahmen einer internationalen Konferenz über humanitäre Hilfe und Entwicklung in Dubai, die bezeichnender Weise unter dem Motto „Menschen in Bewegung“ steht, daß die Welt nicht in die Falle des Glaubens an die „negativen Erzählungen“, die über Migranten verbreitet werden, tappen dürfe. Und weiter:

Wenn es uns gelingen soll, eine menschlichere und bessere Welt zu schaffen, sollten wir der Versuchung widerstehen, negative Erzählungen zu verbreiten, die manche über Migration verbreiten wollen.

Also nicht die Verbrechen der Migranten stehen einer besseren Welt im Wege, sondern jene Menschen, die darüber erzählen und damit andere vor Verbrechen warnen.

Sichtbarkeit als Problem

Nur weil sich die Einwanderer in städtischen Gebieten sammelten und daher sehr gut sichtbar seien, würden diese negativen Narrative überhaupt erst zustande kommen. Aber es liege in der Natur der Einwanderung, daß sich Migranten an zentralen Orten zusammenfänden. Daher sollen sie so schnell wie möglich in die Aufnahmegesellschaften integriert werden. Denn nur das schütze vor „ernsthaften Problemen wie Terrorismus“. Dabei erklärt Vitorino nicht, wie es sein kann, daß Migranten so schnell wie möglich integriert werden sollen, damit sie keine Verbrechen begehen, wenn es doch gar keine Gründe für diesen Zusammenhang gebe?

Populismus als Gift

Ganz erobert zeigte sich Vitorino über den sogenannten Populismus. Nur dieser erschwere es, eine offene und ehrliche Debatte über Migration zu führen.

Populismus sei Gift für die erforderliche öffentliche Unterstützung von Migranten und Flüchtlingen, äußerte auch Leonard Doyle, Sprecher des Büros des Generaldirektors der IOM. Und einmal mehr werden die Europäer, die die Masseninvasion ablehnen, für dumm erklärt. Denn Populismus beruhe laut IOM auf einem Mißverständnis der Probleme.

Ex-SPÖler soll 2,5 Millionen Euro unterschlagen haben

Anzeige gegen Wilhelm Habertzettl wegen Verdachts der Untreue.

Der Ex-Wohnbauchef und frühere Eisenbahnergewerkschafter Wilhelm Habertzettl sieht sich mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Wie das Nachrichtenmagazin „profil“ am Samstag vorab berichtete, hat die Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft (BWSG) ihren Mitte Februar fristlos entlassenen Ex-Vorstand nun wegen des Verdachts der Untreue (StGB) angezeigt.

Vorwurf der Schädigung um „mindestens 2,5 Millionen Euro“

Bei der Staatsanwaltschaft Wien langten am Donnerstag eine mehr als 60-seitige Sachverhaltsdarstellung sowie ein 128-seitiger Bericht von PricewaterhouseCoopers (PwC) ein, der detailliert nachzeichnet, wie Habertzettl und weitere Konzernmitarbeiter die Eisenbahner-Wohnbaugesellschaft um „mindestens 2,5 Millionen Euro“ geschädigt haben sollen. Verantworten sollen sich dafür nicht nur der Vorstand, sondern auch eine weitere Führungskraft, ein Gutachter und zwei Immobilienunternehmer, berichtet „profil“.

Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung. Laut Anzeige sollen zwei Liegenschaften in der Wiener Marxergasse und in der Treustraße zu billig verkauft worden sein. Die Wohnbaugesellschaft BWSG stellte bei der Staatsanwaltschaft den Antrag, die beiden Immobilien zu beschlagnehmen.

Arbeitsmarkt-Ostöffnung kostete Österreich bei Familienleistungen jedes Jahr -zig Millionen Euro

Am 1. Jänner 2014 wurde der Arbeitsmarkt für Rumänien und Bulgarien geöffnet. Immer wieder stellt sich die Frage, inwieweit Arbeitsmarktkräfte aus diesen Staaten nach Österreich drängen würden und ob Österreich davon profitiert. In einem Fall hat Österreich jedenfalls nicht profitiert. Denn die Familienleistungen, die Österreich aufgrund der EU-Koordinierungsregeln bezahlen muß, haben sich erhöht. Nun angeführte Daten veranschaulichen, für wie viele Kinder mindestens einmal im Monat in einem Jahr die Familienbeihilfe bezahlt wurde.

Zahl der rumänischen Kinder in Österreich verdoppelt

Zu den Daten: Vor der Arbeitsmarkt-Ostöffnung am 1. Jänner 2014 gab es 13.072 rumänische Kinder in Österreich. Mit Stand 2017 hat sich die Zahl auf 26.681 nahezu verdoppelt. Kosten für Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag: 29.722.590 Euro im Jahr 2013, 60.669.290 im Jahr 2017.

Dem nicht genug, gab es einen Anstieg von Familienleistungen, die nach Rumänien überwiesen werden mußten. Die volle Familienbeihilfe plus Kinderabsetzbetrag mußte Österreich dann zahlen, wenn gemäß EU-Regelungen nur ein rumänischer Elternteil in Österreich gearbeitet hat, während der andere Elternteil in Rumänien nicht erwerbstätig war. Rumänien hat sich bei einer solchen Konstellation auch die Leistung seiner eigenen, ohnehin niedrigen, Familienbeihilfe erspart. Kinderabsetzbetrag: 29.722.590 Euro im Jahr 2013, 60.669.290 im Jahr 2017.

Zahl der Ausland-Bezieher verdreifacht

Zu den Zahlen: 2013 mußte für 803 Kinder in Rumänien die volle Familienbeihilfe samt Kinderabsetzbetrag überwiesen werden. 2017 waren es 2.962 Kinder – fast eine Vervielfachung!

Hinzu kommen noch Familienleistungen, wenn Österreich nachrangig zuständig war. Etwa, wenn beide Elternteile gearbeitet haben. 2013 wurde eine Differenzzahlung für 8.242 Kinder gewährt, 2017 waren es 11.251 Kinder. Kosten 2017: 23.154.717 Euro. Auch die Anzahl der Kinder aus Bulgarien, die in Österreich wohnhaft sind, hat zugenommen. 2013 waren es 2.727, 2017 stieg die Zahl auf 5.769.

Wo hat Österreich profitiert?

Somit steht fest: Österreich hat jedenfalls bei den Familienleistungen voll draufgezahlt. Ob der heimische Arbeitsmarkt von einer Verdrängung durch Ost-Arbeitskräfte profitiert hat, ist freilich eine andere Frage. Denn die Arbeitnehmer sind es schließlich auch nicht, die in den Familienlastenausgleichsfonds einzahlen müssen. Das machen die Arbeitgeber mit ihren Dienstgeberbeiträgen. Und nur so nebenbei: Arbeitskräfte aus den östlichen EU-Staaten müssen nicht einmal nach Österreich kommen. Es genügt, wenn eine österreichische Firma ihre Aufträge ins Ausland verlagert, wie *unzensuriert.at* jüngst aufgezeigt hat und damit Lohndumping Tür und Tor geöffnet wird - dank der EU!

„Rote Nasen“ lehnen Spende der FPÖ über 2000 • ab

Den Fasching in Innsbruck wiederbeleben und dabei etwas Gutes tun. Dieses Ansinnen verfolgte wohl die FPÖ, als sie am Dienstag zum bunten Treiben in die Museumstraße in Innsbruck lud. Ersteres gelang, Zweiteres - eine Spende an die „Roten Nasen“ - scheiterte nach einer Intervention, obwohl die Scheckübergabe fixiert war.

Die FPÖ verteilte Gratis-Getränke und -Speisen und wies im Gegenzug darauf hin, daß freiwillige Spenden für die „Roten Nasen“ erwünscht seien. Genau 2065,10 Euro kamen dadurch zusammen. Am Aschermittwoch wurden die „Roten Nasen“ per Mail kontaktiert. Und prompt kam diese Antwort retour: „Von ganzem Herzen Danke für die Unterstützung, die Sie unserem Verein anlässlich des Faschingsdienstags haben zukommen lassen. Wir freuen uns, denn so können wir aufmunternde Besuche voller Lachen und Fröhlichkeit in die Spitäler zaubern.“

Scheckübergabe war bereits fixiert

Seitens der „Roten Nasen“ wurde auch gleich die Scheckübergabe im Landeskrankenhaus Innsbruck für den 12. März um 14 Uhr fixiert und der FPÖ angeordnet, sie solle das Geld unter dem Kennwort „Spendenaktion FPÖ Innsbruck“ überweisen.

Plötzlicher Sinneswandel

Knapp 24 Stunden später war aber alles anders. Keine Scheckübergabe und keine Spende - zumindest von der FPÖ. In einem Mail wurde auf den Ethikkodex der „Roten Nasen“ hingewiesen und darauf, daß man keine Spenden von politischen Parteien annehmen dürfe. Tirols FPÖ-Chef Markus Abwerzger: „Hier scheint mit zweierlei Maß gemessen zu werden, denn eine Spende der SPÖ Gerasdorf von 1000 Euro wurde angenommen. Mir tut es leid für die Kinder und Ehrenamtlichen.“

Übrigens: Auf das E-Mail der FPÖ, warum eine SPÖ-Spende angenommen wurde, jene der FPÖ aber nicht, gab es von den „Roten Nasen“ bislang weder eine Antwort noch ein Lächeln.

Asyl-Skandal um Mord an Frau in Wien

Der Killer mit dem Messer hätte eigentlich im Gefängnis oder außer Landes sein müssen. Asylantrag von 40-jährigem Iraker bereits 2005 (!) abgelehnt

„Hilfe! Er schlachtet mich ab!“ Mit mehreren wuchtigen Messerhieben tötete im Herbst des Vorjahres der Iraker Daban K. (40) die um 10 Jahre ältere Nagsha R., die aus einer früheren Partnerschaft fünf Kinder hatte und die ihren Landsmann heiraten wollte. In der Mordanklage der Staatsanwaltschaft offenbart sich vielfältiges Behördenversagen:

Demnach hätte der Verdächtige (für den die Unschuldsvermutung gilt) zum Tatzeitpunkt in Haft sein müssen: Es gab drei rechtskräftige Verurteilungen wegen Erpressung (2010), Schlepperei (2017) und Körperverletzung (2108), die er allesamt nicht absaß.

Untergetaucht

Als ihm im Vorjahr eine Aufforderung zum Strafantritt gestellt wurde, machte er eine Depression und Belastungsstörung geltend. Ein Gegengutachten wurde erstellt, das Daban K. durchaus Vollzugstauglichkeit attestierte. Da tauchte er unter (indem er, ohne sich behördlich zu melden, bei seinem späteren Mordopfer einzog).

Dabei war sein Asylantrag bereits 2005 (!) abgelehnt worden. Doch erst sechs Jahre später, 2011, sollte er das Land verlassen. Da er aber nicht in Schubhaft genommen und abgeschoben wurde, blieb er einfach und brachte 2014 einen Folgeantrag um Asyl ein, weil er Angst hatte, bei einer Rückkehr in den Irak getötet zu werden. Trotzdem wurde ihm das Aufenthaltsrecht entzogen. Seine „Antwort“: Er legte Beschwerde ein.

ORFler kassieren im Schnitt 100.000 Euro

3,3 Millionen ORF-Seherinnen zahlen die GIS-Gebühr – das passiert mit ihrem Geld.

ORF-General Alexander Wrabetz kämpft um die ORF-Gebühren – immerhin 620 Millionen netto erhält davon der ORF pro Jahr. Insgesamt hatte er 2018 ein Budget von 919 Millionen Euro. ÖSTERREICH ließ sich von einem ORF-Insider die wichtigsten Zahlen erläutern – das passiert u. a. mit Ihren GIS-Gebühren:

* Top-Gagen: Die Gehaltsstruktur im ORF ist nicht gerade ein Argument für Beibehaltung der GIS-Gebühr. Mutter- und Tochtergesellschaften haben bei 3.700 Mitarbeitern Personalkosten von 450 Millionen, weiß der Experte. Macht pro Kopf 122.000 Euro. Abzüglich der Arbeitgeberanteile verdient dann jeder ORFler im Schnitt – vom Portier bis zum

Generaldirektor – sagenhafte 101.000 Euro: macht 7.200 Euro brutto (!) im Monat.

* GIS-Inkasso: Wie gesagt 620 Millionen bekommt der ORF aus der GIS – das Werk mit dem Inkasso und der Verteilung der Einnahmen innerhalb des ORF kostet aber selbst Geld, und zwar nicht zu knapp: rund 16 Millionen Euro im Jahr.

* Finanzminister nascht mit: Und dabei naschen mehrere Ebenen mit: Der Finanzminister etwa kassiert 62 Millionen Euro Umsatzsteuer aus der GIS-Gebühr.

* Kunstförderung: 18,5 Mio. gehen unter diesem Titel ins Bundesbudget.

* Länder: 146,8 Millionen bekommen die Länder – denn zur GIS-Gebühr werde zwischen 2,80 und 5,80 Euro Landesabgabe abkassiert. NÖ hat mit 39,2 Millionen Euro die höchsten Einnahmen, gebunden für „Kultur- und Sportförderung“. Wien erhält 37,8 Millionen: „Kultur, Altstadterhaltung und neue Medien“. OÖ und Vorarlberg verzichten auf die Gebühr.

ORF zahlt für Karlich-Show 3 Millionen Euro im Jahr

Es ist eine der billigeren Produktionen für den ORF – trotzdem: Die Barbara Karlich-Show kommt personell eher üppig daher, wie ÖSTERREICH zu Wochenbeginn enthüllte: 18 Redakteure, drei „Chefs vom Dienst“ sowie eine Chefredakteurin produzieren pro Monat 18 bis 20 Sendungen. Einen Monat geht man im Sommer auf Urlaub. Da dürften schon Personalkosten von rund einer Million Euro im Jahr zusammenkommen. So bezahlt der ORF 3 Millionen für den Talk an die Produktionsfirma. Und das ist noch eine der billigeren Sendungen...

Asylwerber haben keinen Rechtsanspruch auf Absolvierung einer Lehrausbildung!

Die Initiative des grünen oberösterreichischen Landesrates ANSCHÖBER, wonach Asylwerber, die eine Lehrausbildung absolvieren nicht abgeschoben werden sollten, ist höchst problematisch und rechtsstaatlich bedenklich. Wurde die Abschiebung eines Asylwerbers mit Bescheid verfügt und mit Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichtes rechtskräftig bestätigt, so ist die Abschiebung zu vollstrecken. Eine Lehre oder eine Schulausbildung stellen da keinen Hinderungsgrund dar. In einem Rechtsstaat sind rechtskräftige Bescheide und Erkenntnisse zu vollstrecken.

Für eine angestrebte Ausbildung oder Erwerbstätigkeit eines Fremden sind andere Rechtsnormen beachtlich, die mit dem Asylrecht nichts zu tun haben.

Politisch nicht nachzuvollziehen ist der Umstand, daß die Neunkirchner Stadt ÖVP einen SPÖ – Dringlichkeitsantrag „Ausbildung statt Abschiebung“ unterstützt, der einen direkten Angriff auf die ÖVP/FPÖ Bundesregierung darstellt und den Rechtsstaat aushöhlt. Entweder kennt die ÖVP in Neunkirchen die Linie der Bundes ÖVP nicht, oder sie will die Linie der Bundes – ÖVP nicht mittragen und die gute Arbeit der türkis – blauen Regierung bewußt stören!

SPÖ-Sicherheitssprecherin fordert: „Kickl muß zurücktreten“

SPÖ-Sicherheitssprecherin Lueger kritisierte die Regierung für die fehlende Distanzierung zu Identitären.

Im Rahmen der Debatte zur Erklärung des Innenministers zum Terroranschlag in Christchurch kritisierte SPÖ-Sicherheitssprecherin Angela Lueger die Bundesregierung für die fehlende Distanzierung zu den Identitären und den rechten Burschenschaffern. „Es gibt keine Berührungängste von der FPÖ zu den Identitären. Viele Burschenschaffter sitzen ja in den Kabinetten diverser Ministerien“, so Lueger. Daher fordert die SPÖ-Sicherheitssprecherin eine klare Distanzierung von der Regierung.

Des weiteren kritisiert die SPÖ-Sicherheitssprecherin, daß der Innenminister die Beobachtung der rechtsextremen Szene vernachlässigt, die Rechtsextremismus-Abteilung im BVT zerschlagen und geschwächt sowie BeamtlInnen in die Pension gemobbt hat. „Diese BeamtlInnen fehlen“, so Lueger. Kickl hat offenbar eine andere Prioritätensetzung. Er betreibt Medienschelte und schränkt die Pressefreiheit ein, lanciert eine unnötige Pro-Border-Aktion an der steirischen Grenze und schafft Polizeipferde an, die lahmen. „Daneben bleiben Polizeistationen desolat und Überstunden der BeamtlInnen werden gekürzt“, kritisiert Lueger.

„Kickl muß zurücktreten“

Abschließend stellt die SPÖ-Sicherheitssprecherin die Frage, ob der derzeitige Innenminister der richtige sei, wenn die Bundesregierung Aufklärung über die Identitären ankündigt. „Rechtsextremismus hat in Österreich keinen Platz. Kickl muß zurücktreten“, so Lueger.

Krone.at-Chefredakteur fordert Rücktritt von Geheimdienst-Chef Peter Gridling

Der Chefredakteur der Online-Plattform krone.at, Richard Schmitt, forderte in einem Kommentar den amtierenden Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) Peter Gridling auf, an einen Rücktritt zu denken.

Der Ursprung des Vorschlags von Schmitt liegt in dem Skandal des österreichischen Staatsbürgers mit türkischen Wurzeln zugrunde. Dieser konnte als Sympathisant und Krieger für die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) anscheinend mehrmals nach Österreich ein- und ausreisen.

Islamist konnte mit Wissen von BVT agieren

Das BVT hätte seine Erstausreise in das Kriegsgebiet bereits im Jahr 2013 zugelassen. Anscheinend konnte der Islamist Azad G. mit Wissen des BVT im nächstfolgenden Jahr nach Österreich zurückkommen, um ein Jahr später sich neuerdings dem IS anzuschließen. Ein zwischenzeitliches Verfahren wurde dabei eingestellt. *Seit seinem letzten Reiseantritt dürfte er sich ununterbrochen bei der Terrormiliz befinden haben.* Erst kürzlich wurde der Islamist von kurdischen Soldaten in Syrien gefangen genommen.

Früherer Skandal flog letzten Herbst auf

In einem Video in den sozialen Medien beklagte sich der IS-Kämpfer über die „unmenschliche Behandlung“ in der Terrororganisation. Richard Schmitt verweist in seinem Kommentar auch auf einen früheren Skandal, der vergangenes Jahr im Herbst aufflog. 2015 soll ein als besonders brutal geltender syrischer General eingereist sein. *Mitarbeiter des BVT hätten diesen nicht nur aus Paris nach Österreich geholt, sondern ihm auch noch ein Quartier beschafft.*

Angeblich sei dies auf Wunsch eines befreundeten Geheimdienstes passiert. Der Asylantrag wurde außerdem äußerst rasch positiv beurteilt. Der ehemalige General sei aber mittlerweile in Russland untergetaucht. ***Diese Geschehnisse sollen sich angeblich ebenfalls mit dem Wissen des BVT zugetragen haben.***

Lesen Sie auch KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 268 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. * Erscheinungsort: Wien *